

wie Asseburg warnt, radikaleren Gruppen als Hamas Auftrieb, mit dem möglichen Ergebnis, dass der Gazastreifen unregierbar wird.³⁰ Die Alternative dazu liegt eigentlich auf der Hand: Da die Einheitsregierung formell für die Westbank und den Gazastreifen zuständig ist, liegt es in ihrer Kompetenz, auf palästinensischer Seite der Grenzen ein funktionierendes Grenzregime aufzubauen, für das sowohl die israelische als auch die ägyptische Kooperation benötigt wird. Der Ruf nach einer Rückkehr der Fatah in die alten Machtpositionen im Gazastreifen hingegen würde den Spaltpilz neu beleben. Auf dieser Basis wäre ein Waffenstillstand nicht von Dauer. Langfristig jedoch ist Gaza nur im Kontext eines palästinensischen Staates lebensfähig.

30 Asseburg, Muriel. 2014. Ein dauerhafter Waffenstillstand für Gaza, <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/ein-dauerhafter-waffenstillstand-fuer-gaza.html> [1.9.2014]

Wenn man den Verlautbarungen westlicher Politiker Glauben schenken will, dann haben sie verstanden, dass es über eine Stabilisierung des Waffenstillstands hinaus keine Alternative gibt zu Verhandlungen über eine politische Beilegung des Konflikts um den Besitz des Landes zwischen Jordan und Mittelmeer – denn darum geht es im Kern. Sind sie aber auch bereit, das dafür benötigte politische Kapital aufzubringen? Man kann das im Lichte der Vielzahl regionaler Brennpunkte, die den Schrecken des jüngsten Gazakriegs bei Weitem in den Schatten stellen, in Zweifel ziehen. Andererseits können hierin auch Anreize liegen, zumindest den alten Nahostkonflikt, für den die Blaupause einer Lösung seit Langem bekannt ist, endlich beizulegen – und sei es nur, damit seine Symbolkraft nicht länger als Energiespender für die Radikalisierung unter Muslimen, Juden und Christen weltweit wirkt.

Flächenbrand mit Ansage

Wie der syrische Bürgerkrieg droht, die gesamte Region zu destabilisieren

Magdalena Kirchner*

Abstract: For more than three years, neither a political nor a military solution of the Syrian Civil War has been reached. Given the high complexity and interdependence of conflicts among a growing number of parties, a solution is unlikely to be found in the near future. Beyond the horrific consequences for the civilian population and the gradual collapse of the Syrian state, the war tremendously affects neighboring countries as well as local and interstate conflicts in the region. On which levels can we observe the regional conflagration, which had been repeatedly evoked by many observers and by Syrian President Bashar al-Assad, and how did it evolve over time?

Keywords: Syria, civil war, IS, conflagration, intervention

Stichworte: Syrien, Bürgerkrieg, IS, Flächenbrand, Intervention

1. Einleitung

Als Bashar al-Assad am 16. Juli 2014 seine dritte Amtszeit als Präsident Syriens antrat und im Parlament den Sieg über die Revolte und den „schmutzigen Krieg“ für beendet erklärte, nahm er auch die dramatischen Entwicklungen in den Nachbarstaaten in den Blick. Gerade hier sah er sich in einer Warnung bestätigt, die er seit Beginn der Krise stets wiederholt hatte: Dass ein Konflikt im Inneren des Landes, sollte er einmal entflammt sein, einem Flächenbrand gleich, nicht an den Grenzen Syriens halt machen werde.¹

Die Angst vor einer Ausweitung des Bürgerkriegs bestimmt seit Beginn der Krise im Frühjahr 2011 maßgeblich die internationale Diskussion darüber, ob und in welcher Form externe Akteure in Syrien eingreifen sollten. In der deutschen Debatte stärkten insbesondere Szenarien wie syrische Vergeltungsschläge gegen Israel oder das NATO-Mitglied Türkei, ein offener militärischer Konflikt mit Iran oder ein Zerwürfnis mit Russland zunächst

jene Stimmen, die vor allem eine militärische Intervention ablehnten.² Angesichts zunehmender Spannungen auch in den Anrainerstaaten in den Folgemonaten äußerte auch der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle wiederholt die Sorge, dass der Bürgerkrieg ohne ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft Konflikte in der Nachbarschaft zusätzlich verschärfen und einen regionalen Flächenbrand entfachen könnte.³

Die aktuelle Gewalteskalation im Libanon und insbesondere im Irak macht deutlich, dass die befürchtete Ausbreitung politischer Instabilität über die Grenzen Syriens hinaus in der Tat nicht verhindert werden konnte. Darüber hinaus hat die Internationalisierung des Bürgerkrieges durch grenzüberschreitende Flüchtlingsströme und die Mobilisierung zehntausender nicht-syrischer Kämpfer in dramatischer Art und Weise zur Erosion eben dieser Grenzen beigetragen. Diese stellt nun nicht nur den syrischen Staat, sondern auch das gesamte moderne Staatensystem im Nahen und Mittleren Osten auf eine existenzielle

* Dr. Magdalena Kirchner ist Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin.

1 Bashar al-Assad, Transkript der Antrittsrede vom 16. April 2014, Centre for Research on Globalization (CRG), <http://bit.ly/VMF2q4>.

2 Vgl. Beiträge deutscher Außen- und Sicherheitspolitiker in der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 6 (2013), 2.

3 Westerwelle fürchtet Flächenbrand um Syrien, in DIE ZEIT (online), 12.05.2014, <http://bit.ly/WXALAF>.

Probe. Der Beitrag zeichnet die Entwicklung dieses regionalen Flächenbrands nach und beleuchtet, wie und weshalb sich der Bürgerkrieg auf andere Konflikte in der Region ausgewirkt hat. Darüber hinaus verknüpft er die Internationalisierung des Konflikts mit ihren Implikationen für Syrien selbst.

2. Die militärische Lage – ein Krieg an vielen Fronten

Die jüngsten militärischen Erfolge des seit Mitte 2013 auch in Syrien operierenden al-Qaida-Ablegers *Islamischer Staat* (IS)⁴ im Irak haben nicht nur dessen materielle Schlagkraft erhöht, sie stellen auch einen entscheidenden Wendepunkt im syrischen Bürgerkrieg dar. Hier war es zuvor weder der syrischen Regierung noch den verschiedenen Oppositionsgruppen gelungen, die seit 2012 anhaltende Pattsituation dauerhaft zu eigenen Gunsten zu verschieben. In einigen Gebieten wird die militärische und politische Lage weiterhin zusätzlich durch kurdische Autonomiebestrebungen verkompliziert.⁵

In den westlichen und südlichen Provinzen Syriens kämpfen Regierungstruppen und verschiedene Rebellengruppen, die meisten von ihnen seit Dezember 2012 unter der Führung des Obersten Militärrates (*Syrian Military Council*, SMC), um die Kontrolle über große urbane Zentren und Verkehrswege. Konnten die Rebellen Anfang 2014 den militärischen Druck auf Damaskus durch eine neue Offensive im Süden noch erhöhen, gelang es der Armee in den Folgemonaten, das Grenzgebiet zum Libanon weitestgehend zurückerobern und so die Nachschubrouten der Rebellen empfindlich einzuschränken. Dabei profitierte die Regierung auch von inneroppositionellen Konflikten in Gebieten, die sich bereits seit 2012 nicht mehr unter ihrer Kontrolle befinden. So gelang es dem SMC, mit ihm verbündeten dschihadistischen Gruppierungen sowie kurdischen Milizen im Frühjahr 2014 nur vorübergehend, IS im Grenzgebiet zur Türkei und zum Irak zurückzudrängen. Einer neuen Offensive der durch die Erfolge gegen die irakische Armee militärisch, finanziell und moralisch gestärkten Organisation hatte der SMC im Juli und August jedoch nur wenig entgegenzusetzen und verzeichnete enorme Gebietsverluste in den östlichen und nördlichen Provinzen Raqqah, Deir ez-Zor und Aleppo. Im Zuge ihrer Machtkonsolidierung stürmten Kämpfer des IS trotz vermehrter Angriffe durch die syrische Luftwaffe im August auch die letzten verbliebenen Militärbasen des Regimes in den eroberten Provinzen.⁶ Syrische Luftschläge gegen IS-Stellungen im Irak sowie ein erstmaliger Angriff syrischer Rebellen auf die libanesische Armee im Grenzort Aarsal machen zudem deutlich, dass in den vergangenen Wochen auch der Bürgerkrieg selbst die syrischen Staatsgrenzen überschritten hat.

Angesichts der sich überschlagenden Ereignisse schwinden auch die Hoffnungen auf eine politische Lösung des Konflikts. Im Rahmen der Genfer Friedenskonferenz Anfang 2014 fanden zwar erstmals direkte Verhandlungen zwischen Regierungs- und Oppositionsvertretern unter der Führung der *Nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte* statt, eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Dass die Regierung ihre kompromisslose Haltung durchsetzen konnte, lag auch daran, dass die unübersichtliche Lage im Nordosten, heftige Gefechte der Rebellen untereinander und der Machtzuwachs dschihadistischer Gruppen die Koalition im Vorfeld der Konferenz entscheidend geschwächt hatten. So gelang es der Regierung einerseits, die Wahrnehmung der Opposition als fragmentiert und unfähig, einen friedlichen politischen Übergang zu bewerkstelligen, zu verstärken. Andererseits stellte sie sich selbst als Partei eines von außen aufgezwungenen Kriegs gegen den Terrorismus dar, der unausweichlich die gesamte Region nachhaltig destabilisieren würde.

Wie wenig Einfluss die Weltgemeinschaft auf die Konfliktdynamik hat, verdeutlichen die Berichte der Vereinten Nationen (VN) zur Implementierung der am 22. Februar 2014 verabschiedeten Sicherheitsratsresolution 2139. Erstens nahmen die Kriegsparteien weiterhin vom Gegner kontrollierte Wohngebiete unter Beschuss. Zweitens setzte die Regierung, trotz expliziter Ächtung durch die Resolution, weiterhin Fassbomben und Flächenbombardements ein. Drittens kam es weder zur Aufhebung von Belagerungen, unter der etwa 241.000 Syrer weiterhin leiden, noch zu einer signifikanten Abnahme von Terroranschlägen.⁷ Berichten der VN zufolge verloren zwischen März 2011 und April 2014 mindestens 191.369 Menschen im Krieg zwischen Regierungstruppen und Rebellen, aber auch in Auseinandersetzungen zwischen den etwa 1.000 verschiedenen Oppositionsmilizen, ihr Leben.⁸ Diese Zahl dürfte sich angesichts der IS-Offensive dramatisch erhöht haben, wurden doch allein in den letzten beiden Juliwochen mehr als 2.000 Menschen in Gefechten getötet.⁹

3. Die Flüchtlingskrise als destabilisierender Faktor?

Der Krieg hat nicht nur zum Zerfall des syrischen Staatsgebiets in Einflussphären, sondern auch zu einer humanitären Krise von enormem Ausmaß geführt. Im Sommer 2014 gingen die VN von über 10,8 Millionen Syrern aus, die auf Hilfe angewiesen sind.¹⁰ In vielen Teilen des Landes ist mittlerweile auch das Gesundheitssystem zusammengebrochen. So sind nach Einschätzung der WHO nur noch etwa zwei Drittel der staatlichen Krankenhäuser öffentlich zugänglich und weniger als die Hälfte noch voll funktionsfähig.¹¹ Um Hilfsorganisationen

4 Die dschihadistische Organisation unter der Führung von Abu Bakr al-Baghdadi operierte vom 9. April 2013 bis zur Ausrufung des Kalifats *Islamischer Staat* am 29. Juni 2014 unter dem Namen *Islamischer Staat im Irak und in Großsyrien* (ISIS). Sie gilt als direkte Nachfolgeorganisation des *Islamischen Staates Irak*, der bis 2006 auch als *al-Qaida im Irak* (AQI) bekannt war. Siehe auch Stephan Rosiny, *Des Kalifens neue Kleider: Der Islamische Staat in Irak und Syrien*, in: GIGA Focus Nahost, 06/2014.

5 Max Fisher: *This map of Syria shows why the war will be so difficult to end*, in: Washington Post Online, 12.02.2014, <http://wapo.st/1euFaMM>.

6 Anne Barnard, *Blamed for rise of ISIS, Syrian leader is pushed to escalate fight*, in: New York Times Online, 22.08.2014, <http://bit.ly/VJFc1E>.

7 UN Report of the Secretary-General on the implementation of Security Council resolution 2139 (2014) (S/2014/525), 24.07.2014, <http://bit.ly/1lqeln>.

8 Megan Price, Anita Gohdes und Patrick Ball, *Updated Statistical Analysis of Documentation of Killings in the Syrian Arab Republic*, commissioned by the Office of the UN High Commissioner for Human Rights, August 2014, <http://bit.ly/1vr40bi>

9 Zeina Karam und Sam Kimball, *Syrian casualties surge as jihadis consolidate*, in: Washington Post Online, 28.07.2014, <http://wapo.st/1oenMF9>.

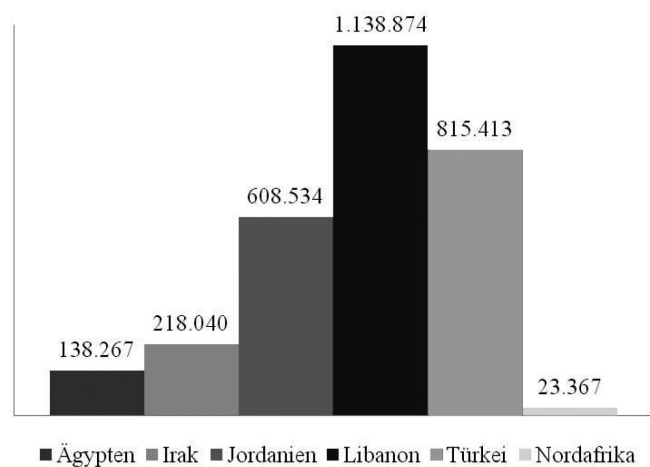
10 UN, a.a.O.

11 WHO, *WHO response to the Crisis in Syria: Priorities and Achievements in Help*, 13.08.2014, <http://bit.ly/1q9LQZL>.

trotz anhaltender Kämpfe und fehlender Sanktionsmechanismen Zugang zur notleidenden Bevölkerung verschaffen zu können, verabschiedete der VN-Sicherheitsrat am 14. Juli 2014 einstimmig Resolution 2165, die erstmals auch Hilfsleistungen ohne die Zustimmung der syrischen Regierung erlaubte.

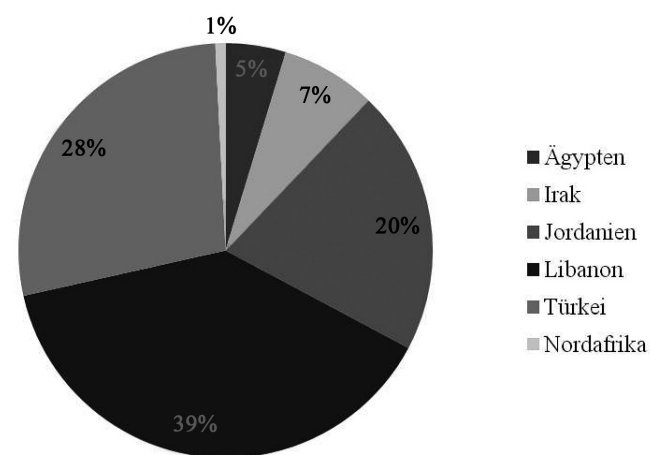
Eine zentrale grenzüberschreitende Herausforderung stellt die aus dem Bürgerkrieg resultierende schlimmste Flüchtlingskrise weltweit seit dem Genozid in Ruanda von 1994 dar. Seit Beginn der Krise im Frühsommer 2011 flohen weit über 2,9 Millionen Menschen, etwa dreizehn Prozent der Gesamtbevölkerung, in die arabischen Nachbarstaaten, die Türkei und nach Nordafrika (siehe Abbildung 1).¹²

Abbildung 1: Verteilung der Flüchtlinge in der Region (absolut)



Eigene Darstellung, Quelle: UNHCR (Stand 24.08.2014).

Abbildung 2: Verteilung der Flüchtlinge in der Region (anteilig)



Eigene Darstellung, Quelle: UNHCR (Stand 24.8.2014)

Aufgrund ihrer zunächst schwachen politischen Mobilisierung spielten die Flüchtlinge in den meisten Flächenbrandszenarien bisher eine untergeordnete Rolle. Dennoch bleibt das enorme

Ungleichgewicht in der regionalen Verteilung der Flüchtlinge (Abbildung 2) nicht ohne Folgen. Im Libanon, wo die syrischen Flüchtlinge nach VN-Schätzungen bald ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen werden und aus innenpolitischen Gründen bisher keine offiziellen Camps errichtet wurden, liegt die Hauptlast der Versorgung auf ohnehin strukturschwachen Kommunen im nördlichen und östlichen Grenzgebiet. Steigende Mieten und Lebensmittelpreise sowie sinkende Löhne durch die Konkurrenz syrischer Arbeitskräfte belasten auch in Jordanien und der Türkei die heimischen Märkte. Angesichts geringer Aussichten auf eine schnelle Rückkehr der Flüchtlinge manifestieren sich zunehmend Verteilungskonflikte zwischen den Neankömmlingen und den Aufnahmegesellschaften.

Neben sozioökonomischen Fragen treten auch politische Konflikte vermehrt in den Vordergrund. Während die syrischen Flüchtlinge in Ägypten bereits seit dem Sturz von Präsident Muhammed Mursi im Juli 2013 als potenzielle Unterstützer der entmachteten Muslimbruderschaft gelten, wächst mit der Zunahme dschihadistischer Gewalt auch in anderen Aufnahme-ländern die Angst vor radikalisierten Flüchtlingen. Im Libanon, wo es zuvor kaum Einreisebeschränkungen gab, reagierte die Regierung im Juni 2014 auf Auseinandersetzungen zwischen syrischen Assad-Gegnern und -Befürwortern mit erheblichen Einschränkungen der bisherigen Aufnahmepraxis.¹³

4. Droht der Bürgerkrieg zwischenstaatliche Konflikte zu entfachen?

Auch wenn US-Präsident Barack Obama in seiner Rede zur Lage der Nation am 10. September 2014 Luftschläge auf syrisches Territorium ankündigte, werden diese wohl auf lokale Stellungen des IS begrenzt bleiben. Zwar fordert eine Vielzahl von Staatsoberhäuptern zumindest den Rücktritt Assads und unterstützt die Rebellen auch materiell; eine offizielle militärische Intervention zu deren Gunsten hat bisher jedoch nicht stattgefunden. Mit Ausnahme der *Hisbollah*, die seit Mai 2013 offiziell an der Seite der Regierungstruppen kämpft, gilt dies auch für die Gegenseite.

Einerseits trübt die komplexe und zunehmend unüberschaubare Lage im Land selbst die Erfolgsaussichten einer Intervention für die Unterstützer jeglicher Kriegsparteien. Andererseits spielt die Gefahr einer Konfliktausweitung auch in der Diskussion um ein militärisches Eingreifen eine gewichtige Rolle. Fast auf den Tag genau ein Jahr nachdem Barack Obama am 20. August 2012 im Einsatz chemischer Waffen eine explizite rote Linie für die amerikanische Syrienpolitik identifiziert hatte, starben in mehreren östlichen Vororten von Damaskus mindestens 355 Zivilisten an den Folgen eines Sarin-Giftgasangriffs.¹⁴ Das syrische Regime konnte den angedrohten Militärschlägen der USA und Frankreichs jedoch dadurch entgehen, dass es die internationale Chemiewaffenkonvention unterzeichnete. Auch das russische, chinesische und iranische Festhalten an Assad stärkte seine Regierung. Darüber hinaus schürten

13 Samya Kullab, Lebanon revises open-door refugee policy, Al Jazeera, 06.2014, <http://aje.me/1tRfCBZ>.

14 „Hunderte von Toten mit Giftgas-Symptomen“, in: NZZ Online, 24.08.2013, <http://bit.ly/1my21QV>.

12 UNHCR: Syria Regional Refugee Response. Inter-agency Information Sharing Portal, <http://bit.ly/QmHgdQ> [Stand: 24.08.2014]

Drohungen des Iran und der *Hisbollah* Befürchtungen, neben US-amerikanischen Einrichtungen könnten auch Washingtons regionale Verbündete, Israel und die Türkei, Ziel von Vergeltungsschlägen werden.

a. Israel

Am 15. Mai 2011, wenige Wochen nach Beginn der syrischen Demonstrationen, tolerierte das Assad-Regime erstmals seit 1973 palästinensische Proteste gegen die Vertreibung von 1948 an der Grenze zum von Israel besetzten Golan. Mindestens zehn Demonstranten starben bei Zusammenstößen mit der israelischen Armee. Beobachter vermuteten hinter dem Zwischenfall einen Versuch Assads, die Spannungen mit Israel bewusst zu verschärfen, um von der innersyrischen Krise abzulenken.¹⁵ Obwohl unter anderem die klare Präferenz der palästinensischen Führung für die Aufnahme von Verhandlungen eine direkte Verschärfung des Israel-Palästina-Konflikts verhinderte und Israel von einer Parteinahme im Bürgerkrieg absah, kam es wiederholt auch zu militärischen Konfrontationen auf zwischenstaatlicher Ebene. So reagierte Israel seit Ende 2012 mehrfach mit Artilleriefeuer und gezielten Luftschlägen auf Grenzverletzungen und Angriffe auf Patrouillen auf dem Golan. Im Zentrum israelischer Sicherheitsüberlegungen steht die mögliche Lieferung chemischer und hochentwickelter Waffen aus Syrien an die *Hisbollah*. Um zu verhindern, dass diese im Fall einer erneuten Eskalation an der libanesisch-israelischen Grenze zum Einsatz kommen, griff die israelische Luftwaffe beispielsweise im Mai 2013 einen Konvoi mit iranischen Waffenslieferungen an die *Hisbollah* in Syrien an.

b. Türkei

Seit der offenen Parteinahme der Türkei für die Opposition im Sommer 2011 haben sich ihre Beziehungen zum Assad-Regime rapide verschlechtert. Die Gefahr einer offenen Konfrontation wurde insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2012 deutlich. Um nach dem Abschuss eines türkischen Militärflugzeugs eine weitere Eskalation zu vermeiden, einigten sich die NATO-Mitgliedstaaten zum Jahreswechsel 2012/13 auf die Operation *Active Fence*, die auch die Stationierung deutscher Patriot-Flugabwehrsysteme im Südosten der Türkei beinhaltet. Obwohl es seitdem wiederholt zu Zwischenfällen kam, gilt eine kriegsrische Eskalation als eher unwahrscheinlich. Während Ankara auf Grenzverletzungen mit gezielten Militärschlägen antwortete, bemühte sich Damaskus offiziell um Deeskalation. Mit dem Erstarken des IS im syrisch-türkischen Grenzgebiet und im Irak, wo sich dutzende türkischer Staatsbürger weiterhin in Geiselschaft befinden, könnte sich nun auch ohne eine zwischenstaatliche Eskalation die Warnung Assads aus dem April 2013 bewahrheiten, dass die Türkei für die Unterstützung der Opposition „einen hohen Preis“ zahlen werde.

Auf der zwischenstaatlichen Ebene hat sich die Sorge vor einem kriegsrischen Flächenbrand trotz wiederholter militärischer

Konfrontationen bisher nicht erhärtet. Angesichts der anhaltenden Blockade des UN-Sicherheitsrates, der strategischen Pattsituation vor Ort sowie der externen Unterstützung der Konfliktparteien durch Drittstaaten und private Akteure inner- und außerhalb der Region werden die zum Teil unkalkulierbaren Kosten einer militärischen Intervention in den Bürgerkrieg von allen externen Akteuren auch weiterhin als zu hoch angesehen.

Vielmehr nahm, angesichts der genannten Bedingungen, die regionale und internationale Parteinahme im Bürgerkrieg rasch den Charakter eines Stellvertreterkrieges entlang diverser ethnischer, konfessioneller und geopolitischer Konfliktlinien an.¹⁶ Während diese Strategie zwar eine offene militärische Konfrontation auf zwischenstaatlicher Ebene vermeiden konnte, untergrub sie angesichts der zunehmenden Brutalität des Krieges zugleich die proklamierten Bemühungen um eine territoriale Begrenzung – mit fatalen Folgen für die Region.

5. Konfliktinterdependenz als Katalysator

In einem Interview mit dem *Telegraph* im Oktober 2011 warnte Assad, eine Destabilisierung Syriens werde „die ganze Region verbrennen“.¹⁷ Um bemessen zu können, wie sich der Bürgerkrieg auf die politische Stabilität gerade der Nachbarstaaten auswirkt, lohnt es sich, insbesondere zwei grenzüberschreitende Entwicklungen in den Blick zu nehmen: erstens die weiterhin ansteigende Präsenz ausländischer Kämpfer in Syrien und die mögliche Verschärfung bestehender innenpolitischer Konflikte in ihren Heimatländern; zweitens die transnationalen Folgen des graduellen Staatszerfalls im Grenzgebiet zum Irak und zur Türkei.

a. Der syrische Bürgerkrieg als Magnet für ausländische Kämpfer

Die genaue Zahl nicht-syrischer Kämpfer im Land lässt sich kaum verifizieren. Experten gehen davon aus, dass bis Juli 2014 über 12.000 Kämpfer aus arabischen Ländern, den Balkanstaaten, dem Kaukasus, aber auch aus Westeuropa und den USA nach Syrien gereist sind, um den Aufstand gegen Assad zu unterstützen.¹⁸ Angesichts heftiger Gefechte zwischen arabischen Rebellen und kurdischen Milizen im Nordosten stieg seit der zweiten Jahreshälfte 2013 auch die Zahl kurdischer Kämpfer aus dem Irak und der Türkei, Iran und der europäischen Diaspora.¹⁹ Die hohe Geschwindigkeit der Mobilisierung ausländischer Kämpfer ist generell auf die zunehmende Brutalisierung des Krieges, die steigende Bedeutung konfessioneller Konfliktlinien zwischen Sunniten und Schiiten und zuletzt auch die militärischen Erfolge des IS zurückzuführen. Eine

16 Rami Khouri, „Putting Out the Syrian Fire.“ In: New York Times, 24.10.2013, <http://bit.ly/1nSVIUO>.

17 „Assad warnt Westen vor neuem Afghanistan“, in: SZ Online, 30.10.2011, <http://bit.ly/1I9OHZ8>.

18 „Verfassungsschutz: 400 Islamisten aus Deutschland reisen nach Syrien“, in: Der Spiegel, 07.08.2014, <http://bit.ly/1nuLF6X>, Kevin Baron, The number of foreign fighters in Syria now exceeds 12000 and rising, Defense One, 25.07.2014, <http://bit.ly/1nHfDx>.

19 Ofra Bengio: The Kurdish Question. The Elephant in the Room, in: The American Interest, 12.12.2013, <http://bit.ly/1hTIU2u>.

15 Anthony Shadid: Syrian Border Violence May Hold Message for Israel, in: New York Times Online, 15.05.2011, <http://nyti.ms/1gISyDV>.

zusätzliche Rolle spielten gerade 2012/13 schwache Kontrollen an der syrisch-türkischen Grenze und eine wenig restriktive Ausreisepolitik vieler Herkunftsländer.²⁰

Seit 2012 kämpfen auch bis zu 800 russische Staatsbürger, zumeist Tschetschenen und Anhänger des islamistischen *Kaukasus Emirat*, gegen Assad als Verbündeten Moskaus.²¹ Die Ernennung von Tarkhan Batirashvili, selbst Veteran aus dem russisch-georgischen Krieg von 2008, zum IS-Kommandeur für Nordsyrien deutet auch auf mögliche sicherheitspolitische Risiken für Russland in der eigenen Nachbarschaft hin. Schließlich könnte das bisher vergleichsweise isolierte Emirat diese internationale Vernetzung dazu nutzen, neue Unterstützer zu generieren.

Auch in Ländern, die die Opposition unterstützen, werden die sunnitisch-dschihadistischen Kriegsveteranen als Sicherheitsrisiko betrachtet. In Reaktion auf den Machtzuwachs von IS entschloss sich unter anderem Saudi-Arabien zu einer deutlich restriktiveren Politik gegenüber dem sogenannten Dschihad-Tourismus. Im Februar 2014 stellte Riad die Teilnahme am syrischen Bürgerkrieg ebenso unter Strafe wie die Unterstützung dort operierender Gruppierungen wie IS oder *Jabhat al-Nusra*. Auch die EU-Innenminister drängen seit Anfang 2014 auf eine stärkere Überwachung der Reisebewegungen europäischer Rekruten in die Türkei.

Auf Seiten der syrischen Regierung gingen Experten im Juni 2014 von über 13.000 ausländischen Kämpfern aus, vor allem aus dem Libanon, Iran und dem Irak.²² Im Gegensatz zu den Unterstützern der Rebellen sind die meisten von ihnen Teil professioneller Kampfverbände der Hisbollah oder der iranischen Revolutionsgarden. Dennoch stellen auch hier der sunnitisch-schiitische Konflikt und die Sorge, der Sturz des Regimes könne die Unterdrückung der Schiiten in der gesamten Region zur Folge haben, einen zusätzlichen Mobilisierungsfaktor dar.

Insbesondere im Libanon und im Irak hat die aktive Teilnahme am Bürgerkrieg zu einer weiteren Verflechtung des Krieges mit lokalen Konflikten und dadurch zu einer Verschärfung der Sicherheitslage geführt. Vor dem Hintergrund eigener konfessioneller Spannungen hatten beide Staaten anfangs eine neutrale Position eingenommen. So untersagte beispielsweise die von allen libanesischen Parteien unterstützte *Baabda*-Erklärung im Juni 2012 die Nutzung libanesischen Territoriums als militärische Pufferzone, Rückzugsgebiet oder Nachschubkorridor für den Bürgerkrieg.²³ Die offene Parteinahme der *Hisbollah* für Assad und die Beteiligung sunnitischer Kämpfer auf Seiten der Rebellen untergruben diesen Konsens jedoch innerhalb weniger Monate. Unfähig, derartige Alleingänge sowie Angriffe des syrischen Geheimdienstes auf libanesische

Assad-Kritiker zu unterbinden, verloren auch staatliche Institutionen weiter an Legitimität. Infolgedessen rückten Zivilisten in schiitischen Hochburgen der *Hisbollah*, iranische Einrichtungen, aber auch die Armee vermehrt ins Fadenkreuz von Protesten und dschihadistischer Gewalt. Auch im Irak fachte Premierminister Nouri al-Maliki unter anderem durch die Tolerierung iranischer Hilfslieferungen für Assad durch irakisches Hoheitsgebiet sowie die Rekrutierung schiitischer Milizen lokale Konflikte zusätzlich an. Die innenpolitische Polarisierung, der Truppenabzug der USA und die Erosion der syrischen Zentralgewalt im Grenzgebiet verlieh radikalen Gruppierungen neuen Zulauf und IS eine bisher unbekannt strategische Tiefe. Aufgrund dieser verstärkten militärischen Schlagkraft in der Grenzprovinz Anbar gelang es IS, neben Erfolgen in Syrien, seit Anfang 2014 auch große Teile des irakischen Territoriums, darunter auch die zweitgrößte Stadt Iraks, Mosul, unter seine Kontrolle zu bringen.

b. Territorialer Revisionismus im Kontext eines partiellen Staatszerfalls

Wie bereits die Namensgebung der sich im Norden und Osten formierenden politischen Entitäten „*Westkurdistan*“ und „*Islamischer Staat*“ impliziert, könnte der Bürgerkrieg durch die faktische Teilung Syriens in Einflusszonen auch eine Neuziehung der Staatsgrenzen zur Folge haben.

Im Vergleich zu ihren irakischen und türkischen Pendanten blieb die syrische Kurdenfrage für Damaskus durch selektive Kooptation und Repression lange kontrollierbar. Dennoch nutzte die kurdisch-nationalistische Partei der Demokratischen Union (PYD) das seit 2012 entstehende Machtvakuum im Norden zum Aufbau eigener Herrschaftsstrukturen und rief im Februar 2014 die autonome Selbstverwaltung der kurdischen Gebiete Cizîre, Kobani und Afrin aus. Ursächlich für diese Entwicklung waren neben dem Scheitern der politischen und militärischen Einbindung der Kurden in die Opposition auch heftige militärische Auseinandersetzungen zwischen PYD-Milizen und islamistischen Rebellen, die die interne Kohäsion der Kurden zusätzlich gestärkt hatten.

Auch der IS nutzte das durch den Krieg entstandene Machtvakuum auf beiden Seiten der syrisch-irakischen Grenze zur Schaffung einer neuen regionalpolitischen Realität, der expliziten Revision des Sykes-Picot-Abkommens von 1916, und proklamierte bereits im April 2013 einen Herrschaftsanspruch von den westlichen Provinzen Iraks über Syrien bis in den Libanon hinein.²⁴ Auch wenn sich die Ausbreitung des IS-Projekts zu Beginn des Jahres 2014 aufgrund des militärischen Widerstands rivalisierender Rebellenorganisationen und kurdischer Milizen verlangsamte, konsolidierte die Gruppierung ihre Machtbasis in Teilen Syriens und errichtete, ausgehend von der nördlichen Provinzhauptstadt al-Raqqah, in den eroberten Gebieten quasi-staatliche Strukturen, die auch Scharia-Gerichte und Sondersteuern für Nicht-Muslime beinhalten.²⁵

20 Thomas Hegghammer: Syria's Foreign Fighters, in: Foreign Policy, 09.12.2013, <http://atfp.co/1hCtABg>.

21 Richard Barrett, Foreign Fighters in Syria, Juni 2014, in: <http://bit.ly/1hz1jSB>, Murad Batal al-Shishani: Syria crisis: Omar Shishani, Chechen jihadist leader, in: BBC News, 03.12.2013, <http://bbc.in/1iaEYHA>.

22 „Shia fighters tip balance in favor of Syria“, in: Financial Times Online, 24.03.2014, <http://on.ft.com/O41LD9>;

Alexander Corbeil, Hezbollah's Iraq Problems, in: SADA, 26.06.2014, <http://ceip.org/1qaaD03>. Im Zuge der Irak-Krise im Juni 2014 kehrten hunderte irakischer Milizionäre dorthin zurück, um gegen IS zu kämpfen.

23 Vgl. Eric Lob: Is Hezbollah confronting a crisis of popular legitimacy?, in: Middle East Brief 78 (2014), <http://bit.ly/1o7e0qh>.

24 Suhaib Anjarini: The Evolution of ISIS, in: Al-Monitor, 01.11.2013, <http://bit.ly/1qGCbKR>.

25 Fehim Tastekin: ISIS practicing statehood in Raqqa, in Al-Monitor, 06.11.2013, <http://bit.ly/1gnBHjV>.

6. Implikationen der Konfliktausweitung für das internationale Engagement

Die Betrachtung verschiedener Ebenen der Konfliktausweitung macht durchaus deutlich, dass sich der Bürgerkrieg keineswegs nur durch den Massenexodus der syrischen Bevölkerung ausgeweitet hat. Während die sozioökonomische Last der Kriegsfolgen und die anhaltende Brutalität des Konflikts indirekt Verteilungskonflikte und latente politische Spannungen in den Anrainerstaaten verschärfen, weitet insbesondere der grenzüberschreitende Vormarsch des IS das Schlachtfeld des Krieges auf die Nachbarstaaten aus. Lassen sich angesichts dieser dramatischen Entwicklungen überhaupt noch Schlussfolgerungen für politische Initiativen ziehen?

Seit Beginn der Krise beschwor Assad wiederholt Szenarien regionaler Anarchie, um die eigene Herrschaft als Stabilitätsfaktor darzustellen und in der Tat stehen einige seiner diplomatischen Erfolge in direktem Zusammenhang mit Befürchtungen vor einem weiteren Staatszerfall. Dazu gehört insbesondere die Rehabilitierung der Regierung als Verhandlungspartner für die Zerstörung des syrischen Chemiewaffenarsenals sowie die Genfer Friedenskonferenz. Berichte über Kooperationen zwischen westlichen Nachrichtendiensten und syrischen Behörden sowie Pläne der US-Regierung, die jüngsten Militärschläge gegen IS im Irak auch auf dessen Stellungen in Syrien auszuweiten, scheinen gar den Eindruck zu erwecken, man stehe einer gemeinsamen Bedrohung gegenüber. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass das gefährliche Machtvakuum im Nordosten und die Sogwirkung auf dschihadistische Kämpfer maßgeblich auf die politische Kompromisslosigkeit des herrschenden Regimes zurückzuführen ist. Eine inner-syrische Stabilisierung der Sicherheitslage mit Assad scheint daher kaum realistisch.

Die jüngsten und dramatischen Verluste der syrischen Armee gegen den IS nach Monaten der Koexistenz erhöhen den Druck auf Assad aus den eigenen Reihen enorm. Im Gegensatz zum Irak, wo viele Beobachter in der Ablösung Malikis durch Haider al-Abadi zumindest einen ersten Schritt in die Richtung einer nationalen Aussöhnung sehen, steht die Weltgemeinschaft in Syrien dennoch vor einer ungleich schwierigeren Aufgabe.²⁶ So haben angesichts des rasanten Vormarsches des IS weder die Ernennung eines neuen UN-Sondergesandten, noch die Wahl eines neuen Präsidenten der Nationalen Koalition der Opposition neuen Auftrieb geben können. Trotz oder gerade aufgrund der unübersichtlichen Lage im Land muss die Staatengemeinschaft über die Bekämpfung des IS hinaus jedoch weiterhin auf eine politische und vor allem inklusive Transition in Syrien drängen, die radikalen Gruppen langfristig den Nährboden entziehen könnte.

Die kontinuierlich steigenden Zahlen von Kriegstoten und Flüchtlingen machen deutlich, dass der innersyrische Konflikt im Schatten der Blockade insbesondere des UN-Sicherheitsrates in den vergangenen Jahren stetig eskalierte. Zudem hat er sich zu einem enormen Einflussfaktor für Konflikte in der Nachbarschaft entwickelt, auch ohne dass es zu einer direkten

militärischen Intervention durch Drittstaaten kam. Dies ist maßgeblich auf die historische Interdependenz innenpolitischer Konflikte in der Region zurückzuführen, die durch die Mobilisierung informeller und privater Unterstützung bis hin zur Kriegsteilnahme ausländischer Kämpfer noch weiter verstärkt wurde. Außerhalb Syriens hat insbesondere der irakische Fall gezeigt, dass der fehlende politische Wille zur Konfliktenflechtung sogar als Katalysator für eine unkontrollierte Ausweitung des ursprünglichen Konflikts wirken kann. Während der Regierungswechsel in Bagdad nur ein erster möglicher Schritt zu einer Wiederherstellung verlorengegangener Legitimität staatlicher Institutionen im Irak sein kann, muss auch in anderen Anrainerstaaten eine weitere Radikalisierung innenpolitischer Macht- und Verteilungskonflikte verhindert werden.

Recht und Frieden – Wozu Recht?



Recht und Frieden – Wozu Recht?

Tagungen des Jungen Forums Rechtsphilosophie (JFR) in der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie (IVR) im September 2012 in Münster und im April 2013 in Berlin

ARSP Beiheft 140

Herausgegeben von Bernhard Jakl, Beatrice Grunhöber, Ariane Grieser, Juliane Ottmann und Tim Wihl

2014, 208 S., brosch., 44,- €

ISBN 978-3-8487-1685-2

www.nomos-shop.de/23471

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

²⁶ UN chief lauds formation of new Government in Iraq, UN News Center, 09.09.2014, <http://bit.ly/WXYqRk>.